

Herr Dr. Peeters nimmt kurz Bezug auf die Vorberatungen in den vorangegangenen Fachausschüssen und zeigt sich enttäuscht, dass heute keine Entscheidung getroffen werden kann. Schließlich nehme heute der Kämmerer an der Sitzung teil und könne somit Informationen zum Thema Finanzierung liefern.

Herr Strack nimmt ausführlich Stellung und verweist zunächst auf einen im Haushalt ausgewiesenen Ansatz in Höhe von 500.000 Euro im Bereich Energieversorgung für ein BHKW im Gymnasium. Interpretiere er die Beratungen in den Fachausschüssen richtig, seien u.a. PPP-Finanzierungsmodelle im Zusammenhang mit weiteren Maßnahmen (Bauhof, Feuerwehr, Schulsanierung etc.) angedacht. Er erinnert an die nur knappe Vermeidung des HSK und an einen nach wie vor dauerdefizitären Haushalt. Bewerte er dies rein fiskalisch, stelle sich für ihn nicht die Frage, wie etwas finanziert werde, sondern ob man sich es leiste. Ob man sich das ein oder andere überhaupt leisten könne, sei letztendlich erst mit dem Haushaltsentwurf 2012 zu beantworten. Wolle man investieren, gelte die mit den bekannten Einschränkungen, wie z.B. der Verzicht auf Nettokreditaufnahmen, behaftete Prioritätenliste. Neben den Investitionen seien aber auch siebenstellige Summen im Bereich der Sanierung vorgesehen. Diese seien wiederum aus dem dauerdefizitären Haushalt zu finanzieren. Würde ein Investor Interesse zeigen, so Herr Strack weiter, müssten die von der Gemeinde zu erbringenden Folgekosten berücksichtigt werden. Dies würde in entsprechenden Rückmiet- bzw. Mietverträgen münden. Ein privater Investor wolle genau so sein Geld sehen, als wenn die Gemeinde selber finanziere. Tendenziell werde man sich dies nicht leisten können. Sowohl im Bereich der Sanierung als auch der Investitionen wäre es sinnvoll, Prioritäten zu setzen und die erforderlichen Maßnahmen nach und nach auszuführen. Abschließend geht Herr Strack auf Ausführungen in der letzten Kämmererzeitung ein, in denen erneut PPP-Modelle kritisch beleuchtet werden. Der Aufwand, solche Projekte auf den Weg zu bringen und fachlich zu begleiten, sei immens hoch. Über den erforderlichen Sachverstand verfüge man in der Verwaltung nur bedingt. Alles in allem sehe er es sehr kritisch, „alles in einem Paket“ zu machen. Dies sei ein Schritt in Richtung HSK.

Herr Sonntag bedankt sich für die Ausführungen. Die CDU sei der Meinung gewesen, dass man beim momentanen Zinssatz günstiger Geld beschaffen könnte, als ÖPP- oder PPP-Modelle zu fahren. Für große Investitionen wie Rathausneubau, Feuerwehr oder Bauhof könnte dies eventuell noch Sinn machen. Hiervon abgekoppelt werden müsste aber die notwendige Instandsetzung der Heizung. Seines Erachtens mache dies für einen Investor keinen Sinn. Aus dem vorgeschlagenen Gesamtpaket solle man die Lösung BHKW herausnehmen. Hierfür gebe es auch einen Haushaltsansatz, der ggf. noch aufgestockt werden müsse. Es sei sinnvoll, zunächst das vordringlichste Problem zu lösen.

Herr Zielinski erinnert an die Beratungen in den Fachausschüssen. Bei allem Verständnis für die vordringliche Sanierung der Heizung dürfe nicht das Gesamtkonzept Energieversorgung aus dem Auge verloren werden. Wünschenswert wären Informationen, in welchem Volumen eine mögliche Prioritätenliste abzubauen sei. Erst danach sei inhaltlich zu entscheiden. Die alternativen Finanzierungsmodelle seien diskutiert worden, um sich nicht von vorneherein Möglichkeiten zu verbauen.

Grundsätzlich, so Herr Gräf, teile er die Einschätzung des Kämmerers. Bei Betrachtung des zu bewältigenden Gesamtpaketes müssten jedoch alle Möglichkeiten eruiert werden. Möglicherweise sei ÖPP nicht günstiger. Demgegenüber ständen aber auch langfristige Energieeinsparungen durch die Sanierungsmaßnahmen. Das vom APUE zusammengestellte Paket sei im Grunde ein Portfolio, mit dem man an einen möglichen Investor herantreten könne. Dabei sei klar, dass die Sanierung der Heizzentrale, der Brandschutz und das Hermann-Weber-Bad vorrangig seien. Alles in allem sei es sinnvoll, mit einer Vorerkundung herauszubekommen, was in welcher Zeitschiene finanzierbar sei.

Herr Strack schildert kurz das hausinterne Verfahren. In etwa zwei Wochen ende die Abgabefrist für die Meldungen der Fachämter zur Investitionsliste. Möglicherweise liefere er dem Rat zwei Listen. Zum einen alles in unkommentierter Form, was aus den Fachämtern gemeldet wird – zum anderen einen relativierten Vorschlag des Kämmerers zur Prioritätenliste als Diskussionsgrundlage für die Gremien. Eventuell könne der Entwurf der Liste schon im November vorgelegt werden.

Herr Meeser hätte sich die klare Aussage von Herrn Strack, zu überlegen, was man sich leisten könne, schon früher gewünscht. Er regt an, die Möglichkeiten der Eigenfinanzierung und der PPP-Finanzierung gegenüberzustellen.

Herr Strack geht darauf ein. Die Beantwortung der Frage sei erst mit Vorlage des Gutachtens und dem daraus resultierenden Zahlenmaterial möglich gewesen.

Herr Sonntag geht kurz auf die erste ausgehändigte Maßnahmenübersicht ein. Dort seien ja bereits die wesentlichsten Punkte an erster Stelle genannt:

- Heizungsanlage
- Sanierung des Bades
- Brandschutzkonzept

Aufgrund der besonderen Dringlichkeit sollte das BHKW unabhängig von der übrigen Prioritätenliste wegen besonderer Dringlichkeit vorgezogen werden. Dafür bestehe ja bereits ein Titel, wobei zu klären wäre, woher die darüber hinaus erforderlichen Mittel zu nehmen seien. Eine Ansammlung von Problemen mache auch keinen Sinn.

Herr Scholz verweist auf gewisse Sachzwänge. Auf das ÖPP/PPP-Modell eingehend, erklärt Herr Scholz, dass die Gemeinde die Mittel leisten müsse – ob auf diesem Wege oder über eine Eigenfinanzierung. Letztendlich werde doch alles aus demselben Topf gezahlt. Wer sich in ein PPP begeben, gehe „mit Haifischen schwimmen“. Vorrangig müssten die Projekte BHKW, Brandschutz und Hermann-Weber-Bad auf den Weg gebracht werden.

Der Bürgermeister erklärt, dass er die Bedenken des Kämmerers teile, eine Prüfung aber ggf. auch nicht auf ein Schwarz-oder-Weiß-Modell hinauslaufe. Greifen die Überlegungen nicht für das Gesamtpaket, sei es doch denkbar, dass bei Einzelkomponenten wie Feuerwehr/Bauhof Lösungen möglich seien, die ein schnelles Handeln ermöglichen.

Herr Gräf erklärt, dass ÖPP für Eitorf eine Notlösung sei, da man nicht in der Lage sei, hohe Investitionen selber zu stemmen, jedoch in bestimmten Zeitfenstern zu Lösungen kommen müsste. Er sei gegen die bisher praktizierte Flickschusterei. Nun könne man die Chance nutzen, eine ganzheitliche Lösung bei der Energieversorgung zu finden.

Herr Kemmler hält es für verfrüht, Prioritäten jetzt schon abschließend festzulegen. Man wisse ja noch gar nicht, welche Investitionen noch hinzukommen.

Nach Klärung weiterer Verständnisfragen geht der Bürgermeister auf die bevorstehenden Entscheidungen ein – insbesondere im Hinblick auf die kommende Ratssitzung.

Herr Sonntag geht hierauf ein und hält es für wichtig, dem Kämmerer Anhaltspunkte für die weitere Bewertung mit auf den Weg zu geben. Die CDU habe sich mit der Priorisierung auseinandergesetzt:

1. Heizung (Ansatz in 2011),
2. Brandschutz (2012),
3. Sanierung Bad (bis 2013).

Diese drei Punkte sollen aus dem Gesamtpaket herausgenommen werden. Für die kommende Ratssitzung stelle er den Antrag, für die drei Maßnahmen die haushalterischen Voraussetzungen zu prüfen und zwar unabhängig von PPP-Modellen.

Der Kämmerer macht deutlich, dass die vorliegende Liste noch keine abschließende ist. Er wiederholt nochmal, dass ein vollständiger Überblick frühestens in zwei Wochen vorliege, nachdem alle Ämter ihre Rückmeldungen vorgelegt hätten.

Der Bürgermeister unterstreicht diese Ausführungen und rät dazu, die Priorisierung aus allen Aufgabenfeldern vorzunehmen.

Beschließen der Rat wie von der CDU-Fraktion beantragt, erklärt Herr Strack, sei dies für ihn aber auch das Signal, diese Maßnahmen an erster Stelle der in den nächsten Wochen zu erarbeitenden Investitionsliste zu setzen.

Herr Sonntag bestätigt, dass dies in Vorbereitung auf die Ratssitzung so gemeint war.

Herr Zielinski plädiert dafür, dass der Rat bis zum Vorliegen eines Gesamtüberblicks mit der Entscheidung wartet. Man solle vermeiden, nun aus populistischen Gründen Maßnahmen in den Vordergrund zu rücken und damit möglicherweise andere wichtige Dinge nach hinten zu schieben. Gelange ein solcher Antrag in der kommenden Ratssitzung zur Abstimmung,, werde er formal gegen die Befassung mit diesem Antrag stimmen. Er halte den Verlauf der Diskussion für völlig daneben.

Herr Meeser sieht keine Eile für eine Ratsentscheidung und bezieht sich auf den APUE-Beschluss, die PPP-Modelle zu prüfen. Er sei gegen eine übereilte Entscheidung.

Herr Kolf erinnert vor allem an die Dringlichkeit der Heizungserneuerung. Falle die Heizung aus, sei eine sehr teure Leihheizung erforderlich. Außerdem müsse das Brandschutzkonzept unabhängig von jeder Prioritätenliste an oberster Stelle stehen. Das Gymnasium könne schließlich nicht schließen. Es könne auch nicht sein, dass im Hermann-Weber-Bad irgendwann eine Decke einstürze. Diesem könne man sich nicht verschließen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, schließt der Bürgermeister die Aussprache. Ein Beschluss in der Sache ergeht nicht.